

Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – Eine neue Rolle für die Zivilgesellschaft

Von Dr. Michael Bürsch, MdB

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist allgegenwärtig und wird es noch über längere Zeit sein. Wir haben es mit weltweiten wirtschaftlichen System-schwankungen von bedrohlichem Ausmaß zu tun, die nun mit Hilfe von Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgeglichen werden müssen. In allen großen Wirtschaftsnationen pumpt der Staat viele Milliarden in das System der Banken, um diese wieder kreditwürdig zu machen. Er stützt große Wirtschaftsunternehmen mit Hilfe von Bürgschaften, Krediten und sogar Enteignungsmaßnahmen.

Ich bin überzeugt: Man kann die Krise weder als einen bloßen 'Betriebsunfall' des Kapitalismus bewerten noch in das Zeitalter der Regulierung zurückfallen. Beides wäre falsch.

- ⇒ Wenn man die Krise als *Betriebsunfall* einer an sich wünschenswerten Ordnung betrachtet und darauf wartet, dass sie – wie alle Krisen– irgendwann vorübergeht, ist die nächste Krise bereits vorprogrammiert. Der Markt hat eben *keine* Selbstheilungskräfte, um sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Daher wäre ein Festhalten an der Idee von Deregulierung und staatlicher Abstinenz falsch.
- ⇒ Wenn man die Krise zum Anlass nimmt, zum alten Modell der wirtschaftlichen *Regulierung* zurückzukehren, mag man zwar die nächste Spekulationsblase an den Börsen verhindern. Doch ist damit die Krise der staatlichen Regulierung selbst vorprogrammiert. Der Staat – auch diese Lehre muss man ziehen – hat eben *nicht* die Kraft und Weitsicht, ohne bürokratische Überformung und ohne korporatistischen Filz die Wirtschaft auf Dauer zu zähmen und zu lenken. Daher wäre eine Rückkehr zum alten Modell staatlicher Regulierung ebenso falsch.

Wie wirkt sich die Krise auf die Zivilgesellschaft aus?

Letztlich sind es die *Bürger*, die die Lasten der Krise zu tragen haben. *Kurzfristig* wird die Arbeitslosigkeit steigen, womöglich werden gewohnte öffentliche und soziale Leistungen eingeschränkt, z. B. indem die Zahl der Lehrer reduziert wird. *Langfristig* müssen die Bürger die Lasten der hohen Staatsverschuldung tragen – ihrer Kinder und Kindeskiner werden voraussichtlich deutlich höhere *Steuern* bezahlen müssen, um einerseits die Staatsschulden abzubauen, andererseits die öffentlichen Leistungen in Bildung, Gesundheit etc. aufrechtzuerhalten.

Wenn die Bürger so stark betroffen sind, liegt es nahe, sie an den zu treffenden Entscheidungen auch stärker zu beteiligen – jedenfalls in der üblichen Form der repräsentativen Demokratie, d. h. durch kontinuierliche Beteiligung des Parlaments.

Wie kann es weitergehen? Was lernen wir aus der Krise?

Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage führt zu der Erkenntnis, dass der klassische Gesellschaftsvertrag – jenes Band, das den gesellschaftlichen Zusammenhang sichert – heute brüchig geworden ist. Heute brauchen wir einen *Neuen Gesellschaftsvertrag*, in dem die Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neu ausgehandelt wird.

Zunächst ist deutlich geworden, dass vor allem *Unternehmen* ihre gesellschaftliche Verantwortung in den letzten Jahren nicht hinreichend wahrgenommen haben. Der Drang vieler Unternehmer zu extrem gesteigerten Renditeerwartungen hat flächendeckend zu hochriskantem und unverantwortlichem Handeln geführt. Der Schaden ist heute eindrucksvoll zu beichtigen. Er besteht nicht nur in hohen Verlusten und volkswirtschaftlichen Einbrüchen, sondern vor allem in einem massiven *Vertrauensverlust* gegenüber Wirtschaftsunternehmen in Politik und Bevölkerung.

Die Unternehmen sind daher gefordert, sich in neuer Weise zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu bekennen und entsprechend zu verhalten.

ten. Dazu müssen sie sich viel stärker als bislang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und deren Bedürfnissen auseinandersetzen.

Die Bedeutung des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen lässt sich am besten erfassen, wenn man dieses Engagement in die *Perspektive eines Leitbilds Zivilgesellschaft* rückt. Die Zivilgesellschaft als ein zunehmend internationales Netzwerk von Vereinen, Verbänden, Initiativen und engagierten Akteuren markiert eine neue Phase in der Entwicklung der modernen Gesellschaft. Im Neuen Gesellschaftsvertrag fällt der Zivilgesellschaft der anspruchsvolle Part zu, *Vertrauen, Zusammenhalt* und *Verantwortungsbereitschaft* zu stiften. Die Wirtschaft bildet hier eine tragende Säule. Sie kann sich in und nach der Krise nicht mehr außerhalb des Verantwortungsdiskurses stellen. Wo es früher noch hieß, die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen bestehe darin, Steuern zu zahlen und Arbeitsplätze zu sichern, ist in der Finanz- und Wirtschaftskrise die starke Abhängigkeit vor allem großer Unternehmen von staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich geworden. Wirtschaftsunternehmen stehen in der Pflicht, zivilgesellschaftliche Strukturen und staatliche Akteure viel stärker als bislang ernst zu nehmen.

Neben der Wirtschaft selbst rückt im Neuen Gesellschaftsvertrag aber auch *staatliche Politik* in den Fokus der Aufmerksamkeit. Der demokratische Staat ist auf das Mitwirken einer lebendigen Zivilgesellschaft angewiesen. Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Korrektiv staatlichen Handelns und erinnert die Akteure der Politik immer wieder daran, dass die Legitimationskette der Demokratie von der Zivilgesellschaft zum Staat verläuft – und nicht umgekehrt.

Die Zivilgesellschaft schließlich wird heute zu einem bestimmenden Faktor für Politik *und* Wirtschaft. Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Einsatz für die Gemeinschaft Tag für Tag den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daraus erwächst ihnen ein hohes Maß an *Legitimität*, die Staat und Wirtschaft in der jetzigen Vertrauenskrise dringend brauchen. Und die Zivilgesellschaft muss auch die Bereitschaft fördern, zukünftig Einschränkungen der finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen zu

ertragen. Das gilt z. B. für die ständig steigende Zahl an Menschen im Ruhestand – eine Folge des demographischen Wandels. Was wir brauchen, ist eine hinreichend flexible Zivilgesellschaft, die bereit und in der Lage ist, sich an veränderte Umstände anzupassen.

Unter dem hier skizzierten Leitbild Zivilgesellschaft ergibt sich folgende Perspektive eines Neuen Gesellschaftsvertrags: Ein aktivierender Staat unterstützt, fördert und ermöglicht bürgerschaftliches Engagement, ohne sich aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung zurückzuziehen. Die Wirtschaft übernimmt gesellschaftliche Verantwortung nicht nur durch Spenden und Sponsoring, sondern durch ein gezieltes Zusammenwirken mit Staat und Zivilgesellschaft. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Fähigkeiten und Erfahrungen, um aktiv Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Zwar ist diese Perspektive heute erst in Umrissen zu erkennen: Allzu oft sind die zivilgesellschaftlichen Kräfte noch nicht stark genug, verhält sich die staatliche Seite eher wie ein Hemmschuh als engagementfördernd, betrachten Unternehmen ihr gesellschaftliches Engagement als reine Form von PR. Doch hat die Krise den Diskurs der Zivilgesellschaft aufs Neue befeuert. War es bislang so, dass staatliche Verwaltungslogik und betriebswirtschaftliches Kalkül der Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt haben, so besteht in der Krise die Chance, das Verhältnis umzudrehen:

⇒ *Nicht die Zivilgesellschaft ist für wirtschaftliche und staatliche Indienstnahme da, sondern umgekehrt haben Staat und Wirtschaft eine dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft.*

Letztlich orientiert sich das Leitbild Zivilgesellschaft an der *Vision der Erneuerung der Demokratie durch Engagement und Teilhabe*. Zivilgesellschaft ist ein Projekt, das eine partizipative Dynamik befördern und zu einer (Rück-)Aneignung des Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und Bürger führen soll. Diese Perspektive ist vor allem für den transnationalen europäischen Raum wegweisend. Wenn die gegenwärtige Krise in produktiver Weise überwunden werden soll, dann geht das nur vor dem Horizont

einer europäischen Zivilgesellschaft. Wie die letzte Europawahl vom 7. Juni gezeigt hat, leidet das 'Projekt Europa' erkennbar unter einer demokratischen Ermüdung. Dagegen hilft auf Dauer nur die Unterfütterung mit einer europäischen Zivilgesellschaft in einer europäischen Öffentlichkeit. Ein bekanntes Diktum der neoliberalen Maggie Thatcher lautete vor 30 Jahren sinngemäß: „Eine Zivilgesellschaft gibt es nicht.“ Dieses Diktum gilt es nunmehr kraftvoll zu widerlegen.

Was bedeutet das für Russland?

Klar ist, dass jedes Land seinen eigenen Weg zum Neuen Gesellschaftsvertrag finden muss. Auch Russland braucht einen Neuen Gesellschaftsvertrag mit maßgeblicher Rolle der Zivilgesellschaft. Und auf dem Weg dorthin braucht die russische Zivilgesellschaft dreierlei:

- 1) Bildung;
- 2) Bildung;
- 3) Bildung;

Bildung in Selbstorganisation und Eigenverantwortung, eine gute *berufliche Bildung* mit Perspektiven insbesondere für die russische Jugend und *unternehmerische Bildung*, damit sich Russland zu einer vielfältigen Landschaft insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen entwickelt.

Am Ende schließt sich mit dem Neuen Gesellschaftsvertrag der Kreis zur Demokratie, d. h. zur Herrschaft des Volkes. Denn „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“ (Max Frisch).